Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 22 (1996)
Heft: 2

Artikel: ...die anderen fordern sie (Verfassungsreform)
Autor: sw
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-361916

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Und noch eine Reaktion auf den Muraro-Artikel («Freudensprünge», 1/96):

Liebe Emanzipations-Frauen

Natürlich habe ich mich erst mal sehr darüber gefreut, dass die EMI einen Artikel über das nahe, bevorstehende Ende des Patriarchats bringt. So was hat frau ja nicht alle Tage vor Augen. Schön zu lesen, dass auch andere Frauen (konkret Luisa Muraro und, natürlich, die EMI-Frauen) wahrnehmen, dass sich seit etwa 25 Jahren Wesentliches geändert hat; ja, dass wir sagen können, dies habe das Ende des Patriarchats eingeläutet: eine neue Zeit bricht an, hat schon begonnen...

Aber beim Durchlesen war ich als alte Patriarchatsforscherin doch recht enttäuscht. Das Geschichtsbild, das die Autorin entwirft, ist schlicht zu undifferenziert, viel zu grob, viel zu einfach! Etwa, wenn Luisa Muraro in einem einzigen Satz 200 Jahre und dann gleich 700 Jahre zurückspringt: Da übersieht sie gerade, was (und warum) in der entscheidenden Phase der «Renaissance», der «Reformation» und der massivsten Frauen- (der sogenannten Hexen-)verfolgungen passiert ist, die hauptsächlich Ende des 16. und Anfang des 17. Jahrhunderts in Europa stattfanden. Und sie schaut nicht hin auf die Geschichte, wenn sie (im ersten Abschnitt) unterstellt, dass wir Menschen seit 4 Millionen Jahren im Patriarchat leben sollen; sie stellt nicht die notwendige Frage, was wohl vor etwa 5000 (oder höchstens 6000) Jahren passiert ist, wo, nach vielfältigen Indizien, das Patriarchat erst begonnen haben kann – und was (warum?) wohl vorher war!!! Nun, Luisa Muraro ist Philosophin, nicht Geschichtsforscherin. Ich will nicht so streng sein. Ich dagegen bin seit 1978 daran, diese geschichtlichen (und auch vorgeschichtlichen) Fakten zu sortieren und zu bündeln. Ich habe sehr viel Material gesammelt und schon 1985 eine Zusammenfassung der bis dann gefundenen Resultate geschrieben. Inzwischen ist in meinem Leben viel passiert, aber der damals (nach etwa 8- bis 10jährigem Suchen) gefundene Forschungs-Ansatz hat sich weiterhin deutlich bestätigt und fördert immer noch viele spannende Resultate und Illustrationen zutage. Wenn ich das Gefundene bisher nicht publiziert habe, so hat das viele und sehr verschiedenartige Gründe. Vor allem aber liegt es daran, was auch Marija Gimbutas gespürt und ausgesprochen hat: Zu begreifen, was das Patriarchat wirklich ist; zu erkennen, mit wieviel Gewalt und aus welchen Gründen es sich durchgesetzt hat, ist ein langer und mühevoller Prozess, gerade auch für uns Forscherinnen. Ganz besonders spannend ist für uns alle in diesem Zusammenhang natürlich auch herauszufinden, seit wann, wie und warum das Patriarchat sich gerade jetzt langsam wieder auflöst, was Muraro grundsätzlich, wie gesagt, richtig erfasst hat ...

Nun, liebe EMI-Schreiberinnen und -Leserinnen, das zumindest wollte ich Euch heute gerne sagen. Wenn Ihr mehr wissen wollt, dann fragt mich! Inzwischen ganz liebe Grüsse und gute Wünsche für die kommende, nicht mehr patriarchale Zeit – und vielen Dank an Euch, die EMI-Macherinnen, die Ihr der notwendigen Diskussion über das Patriarchat und sein nahes Ende den gebührenden Platz verschafft.

LI IRENESTOCHTER, Basel

Frauenquoten: Die einen schiessen sie ab (Solothurn)...

bz. Der Solothurner Kantonsrat hat die «Volksinitiative für eine gleichberechtigte Vertretung von Frauen und Männern in den kantonalen Behörden – Initiative 2001» für verfassungswidrig und damit für ungültig erklärt. Eine Quoteninitiative, so Staatsschreiber Konrad Schwaller, werde dem sehr sensiblen Spannungsverhältnis zwischen dem Diskriminierungsverbot und dem Egalisierungsgebot in der Bundesverfassung nicht gerecht. – Das Diskriminierungsverbot werde immer gerade dann hervorgezaubert, wenn Männerrechte zur Diskussion stünden, konterten SP und Grünen. Dabei gehe es darum, nicht etwa Rechte, sondern allenfalls Privilegien der Männer zugunsten einer angemessenen Frauenvertretung in den kantonalen Behörden abzubauen. Für diesen Entscheid wegweisend war das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom Oktober 1995 zur Bremer Quotenregelung, wonach ein Gesetz rechtswidrig sei, welches Frauen bei gleicher Qualifikation gegenüber Männern den Vorzug gibt.

...die anderen fordern sie (Verfassungsreform)

sw. Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen befürwortet eine Reform der Bundesverfassung. Der bundesrätliche Entwurf zur neuen Verfassung jedoch ist für die Kommission «aus frauen- und gleichstellungspolitischer Sicht unbefriedigend». In ihrer Vernehmlassung fordert die Frauenkommission insbesondere die verfassungsmässige Verankerung von Quotenregelun-

gen für Frauen in Parlament, Regierung und Bundesbehörden – damit es nicht bei einer rein formalen Gleichbehandlung der Geschlechter und damit bei einer faktischen Benachteiligung der Frauen bleibe. Die Kommission setzt sich zudem für soziale Grundrechte ein. Nach Ansicht der Frauenkommission sollen alle Personen im erwerbsfähigen Alter ihren Unterhalt durch bezahlte Arbeit zu angemessenen Bedingungen bestreiten können. Die gesellschaftlich notwendige Nichterwerbsarbeit müsse von beiden Geschlechtern geleistet werden. Weiter fordert die Kommission, Lebensgemeinschaften, die auf Dauer angelegt seien, gleich zu behandeln wie die Ehe. Und da die Menschenrechte für Männer und Frauen gälten, hätten die wegen ihres Geschlechts verfolgten Frauen Recht auf Schutz und Asyl.

Berner SVP-Frauen powern

sw. Dass die Schweizerische Volkspartei SVP nicht gerade durch Frauenfreundlichkeit glänzt, ist sattsam bekannt. Rund zwanzig SVP-Frauen im Amt Bern haben davon nun genug: Sie gründeten eine eigene Sektion. Zweck der Sektion «SVP Frauen Amt Bern» ist es laut Statuten, die Frauenförderung selber an die Hand zu nehmen. Die Miteinander-Politik sei gescheitert, der gemeinsame Weg mit den Männern habe die Frauen nicht weitergebracht – so lautet die Analyse. Mit verschiedenen Aktionen (Aufbau eines Netzwerkes, konkrete Frauenförderungsmassnahmen bei lokalen Wahlen, Kandidatinnenschulung, Frauenpodien) sollen nun die SVP-Frauen an der Basis wachgerüttelt werden. Inhaltlich konzentrieren sich die (zumindest halbwegs) dissidenten SVP-Frauen auf die Bereiche Mutterschaftsversicherung, Blockzeiten an Schulen, neue Familienmodelle und Schaffung von Teilzeitstellen. «Wir müssen erreichen, dass die SVP-Frauen endlich Frauen wählen und sich zutrauen, selber in die Politik einzusteigen», ist Elisabeth Wieland, Präsidentin der neuen Sektion, überzeugt.

Quelle: Der Bund, 22.2.96

Stadt Bern: Familienarbeit macht sich bezahlt

cb. Wenn Frauen wieder in die Erwerbsarbeit einsteigen, dann soll jahrelange Haus-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit nicht länger als Leerstelle in der Biografie abqualifiziert, sondern vielmehr aufgewertet werden. Diese alte Forderung setzt die Berner Schuldirektorin Joy Matter jetzt in die Tat um. Bei der Neubesetzung von Verwaltungsstellen in ihrer Direktion entscheiden präzise Kriterien über die Höhe des Anfangslohns. Hat eine Person Kindererziehung, Betreuungs- und Hausarbeit während maximal zehn Jahre geleistet, wird ein volles «Erfahrungsjahr» einem vollen Dienstjahr gleichgesetzt und angerechnet. Neben der Arbeit im Familienbereich können auch Aktivitäten im Sozialbereich, in Vereinen, Verbänden, Parteien, im Ökobereich oder als Tagesmutter, Aufgabenhilfe usw. berücksichtigt werden. Für die Anrechnung solcher Tätigkeiten müssen die BewerberInnen sogenannte Schlüsselqualifikationen erfüllen. Diese sind in vier Bereiche unterteilt: Soziale Kompetenz (Einfühlungsvermögen, Teamfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein), leistungsrelevante Kompetenz (Belastbarkeit, Lernfähigkeit, Organisationstalent), kreative Kompetenz (Initiative, Flexibilität) und Kompetenz zur Krisenbewältigung (Verhandlungsfähigkeit, Problem- und Stressbewältigung). In einem Gespräch wird ermittelt, ob die/der BewerberIn aus diesen vier Bereichen mindestens sechs Eigenschaften vorweisen kann.

Die Richtlinien sind seit dem 1. Februar in Kraft. Nach einer zwölf- bis achzehnmonatigen Versuchszeit werden die Ergebnisse vom Personalamt ausgewertet. Dann wird die Regelung allenfalls auch in anderen städtischen Verwaltungen zur Anwendung gelangen. Dank diesem Novum erhalten Wiedereinsteigerinnen künftig mehr Lohn. Ihre Chancen aber, überhaupt eingestellt zu werden, bleiben dieselben. Es sei denn, die Befürchtung bewahrheite sich, die der Leiter des städtischen Personalamtes anlässlich der Pressekonferenz äusserte: Dass nämlich Wiedereinsteigerinnen plötzlich aus Kostengründen nicht angestellt würden – weil sie in eine zu hohe Lohnklassen kämen.

Frauen stimmen grüner, sozialer, armeekritischer

sw. Bei den meisten Volksabstimmungen auf nationaler Ebene sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern gering. Eine Auswertung des GfS-Forschungsinstitus listet jedoch 14 Abstimmungen auf, bei denen das Geschlecht den Ausschlag für ein Ja oder ein Nein gab. Viermal erkämpften die Frauen ein Ja: beim neuen Eherecht, beim Kernkraftmoratorium, bei der Alpeninitiative und beim Antirassismusgesetz. Dreimal gaben Frauenmehrheiten den Ausschlag zum Nein: bei der Fristenlösung (!), der Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre und bei der Lockerung der Lex Friedrich (aber weniger aus fremdenfeindlichen Gründen denn aus ökologischen Überlegungen, so das GfS-Institut laut «Tages-Anzeiger»). Umgekehrt vermasselten die neinsagenden Männer den mehrheitlich jasagenden Frauen – unter anderem – den Ausstieg aus der Atomenergie (1990), die Waffenplatz- und die Kleinbauerninitiative sowie die Initiative «Weg vom Tierversuch». Einen Trend hin zu eigenständigerem Stimmverhalten der Frauen sieht das GfS-Institut seit Mitte der achtziger Jahre. Die Frauen hätten den Wertewandel – hin zu vermehrter Ökologie und zum Schutz des Menschen – schneller und stärker vollzogen als die Männer.

Quelle: Tages-Anzeiger, 7.2.96